

Schwere Wahl für Russlands Jugend

Als Hoffnungsträger für eine Demokratisierung des Landes taugen die jungen Russen nicht. Entweder haben sie sich mit dem System Putin arrangiert oder sie wandern aus

VON OLIVER BILGER

Alina Terebina, eine junge IT-Spezialistin, auf der Krim, 28 Jahre alt, sagt: „Wir lieben Putin.“ Sie wäre höchst zufrieden, wenn er weitere zehn Jahre als Präsident im Kreml bliebe. Schließlich sei er „ein echter Mann“, der auf seine Gesundheit achtet, sich Politik nicht von anderen diktieren lässt und russische Interessen auf der Weltbühne vertritt. „Wir wüssten gar nicht, was wir in Russland machen sollen, wenn er geht.“

Aber so wie Alina Terebina denken nicht mehr alle, vielleicht sogar täglich weniger in Russland, wie sich seit einem Jahr beobachten lässt.

Es war im März 2017, als die Russen plötzlich wieder auf die Straße gingen. Protestzüge marschierten durch Moskau und andere Städte, um gegen Korruption und die russische Führung, allen voran Premier Dmitri Medwedew zu demonstrieren. Tausende. Zehntausende. Es erinnerte an die großen Proteste in Winter 2011/2012, als Fälschungen bei der Parlamentswahl die Russen aus ihren Häusern trieben. Menschen unterschiedlichster Altersgruppen vereint in ihrer Unzufriedenheit. Neu war 2017 das Bild des Protests. Die vielen jungen Menschen, Schüler, Studenten, junge Berufstätige. Es marschierte Russlands neue Generation, und es drängte sich die Frage auf, was da wohl in Zukunft auf den Machtapparat in Moskau zukommt.

Es ist eine Frage, die 111 Millionen Russen am kommenden Sonntag beantworten können, dann ist Präsidentenwahl. Oder besser: könnten. Denn das Ergebnis vom 18. März ist so sicher wie Schnee im russischen Winter. Zumal der einzige ernstzunehmende Gegenkandidat für Putin, Alexej Nawalny, darf nicht teilnehmen. Putin regiert seit 18 Jahren das Land und ein Ende seiner Regentschaft ist nicht in Sicht. Gewählt wird er vor allem dafür, dass er bisher politische Stabilität garantiert hat.

Die nächsten sechs Jahre unter ihm dürften daher wenig Neues bringen. Auch wenn Putin vor wenigen Tagen mehr Lohn, bessere Medizin und einen höheren Lebensstandard versprochen hat, fehlt es Russland an einer grundlegenden Strategie für die Zukunft. Putins schönen Worten steht eine düstere Realität gegenüber. Zwar hat zuletzt das Wirtschaftswachstum etwas angezogen, lag

Fast 20 Millionen Russen leben unter der Mindesteinkommensgrenze

bei 1,8 Prozent im vergangenen Jahr, doch ist das viel zu wenig für Russland und weit entfernt vom starken Wachstum vor einigen Jahren. Die Wirtschaft lahmt, die Armut wächst. Fast 20 Millionen leben heute unterhalb der Mindesteinkommensgrenze.

Warum wenden sich die Wähler dann nicht von Putin ab? Weil es keinen anderen gibt, dem sie sich zuwenden könnten. Neue Köpfe fehlen, genau wie Ideen für das Land. Stattdessen hoffen viele weiterhin, dass Putin Reformen vorantreibt.

Russland hat mit Putin an der Spitze bisher keinen dramatischen Zusammenbruch erlebt. Die furchtsame Erinnerung an den Zerfall der Sowjetunion, an das Chaos und die Armut der 90er Jahre hat sich im kollektiven Gedächtnis festgesetzt. Genau wie der Eindruck, dies alles mit Putins Hilfe überwunden zu haben. Die 18 Jahre unter ihm fühlen sich für die Mehrheit der Russen nicht nach Stagnation an, sondern nach Sicherheit.

Tatsächlich genossen sie seit Putins erster Amtszeit, die im Jahr 2000 begann, bis zur Krim-Annexion 2014, auf die der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen des Westens folgten, einen bescheidenen, langsam wachsenden Wohlstand. Eigenes Auto, Reisen ins Ausland, Flachbildfernseher oder Smartphones, die Verheißungen der Konsumgesellschaft waren für viele endlich erreichbar – erhebliche Einschnitte in ihre bürgerliche Freiheiten nahmen sie dafür billigend in Kauf. Politik interessierte sie nicht weiter, solange die sich nicht auf das Konsumverhalten auswirkte. So lässt es sich auch in einem autoritären System leben.

Obwohl infolge der Krim-Krise die russische Wirtschaft einbrach und sich der Lebensstandard der Bevölkerung wieder verschlechterte, gelang es Putin mit massiver Propaganda und einer beinahe religiösen Verklärung der, aus russischer Sicht, Wiedervereinigung mit der Krim, die Menschen nicht nur auf Kurs zu halten, sondern sogar seine Zustimmungswerte deutlich zu steigern. Das Gefühl wieder eine respektierte Weltmacht zu sein, ließ viele die persönlichen Entbehrungen ertragen.

Das Land müsse eben „stark sein“, bringt, stellvertretend für viele Elsa Sagdeewa, eine selbstbewusste junge Muslima aus der Teilrepublik Tatarstan, die Stimmung in der Bevölkerung zum Ausdruck. Die 26-Jährige ist weit in der Welt herumgekommen in der Welt und ein friedliebender Mensch: „Aber wenn jemand Russland etwas Schlechtes will, müssen wir bereit sein, zu antworten.“ Deshalb respektiert sie Putin, besonders seinen Kurs in der Außenpolitik: „Russland soll eine Rolle in der Weltpolitik spielen.“

Allerdings beobachten Soziologen gleichzeitig einen wachsenden Wunsch nach Wandel. Die große Mehrheit im Land spricht sich für Veränderungen aus – zumindest in einem gewissen Maß. Mehr als 80 Prozent, wie Meinungsforscher des angesehenen russischen Lewada-Zentrums herausgefunden haben, wünschen sich Reformen. Etwa die Hälfte, überwiegend Städter, würde sogar radikale Umbrüche begrüßen. Andere befürworten vorsichtige Schritte. Kleine Anpassungen, ja. Große Reformen, nein. Sie wollen vor allem: bessere Lebensbedingungen. Weniger Fokus auf die Außenpolitik, mehr Interesse für die Alltagsorgen der Bürger.

Russlands Jugend wünscht sich erstaunlicherweise am wenigsten Veränderungen. In ihrer Masse taugt die Generation Putin somit kaum zum Hoffnungsträger für ein modernes Russland. Das

gilt selbst für viele von denen, die in den vergangenen Monaten auf der Straße protestierten. Denn ihnen ging es dabei nur um ein Thema: die Korruption in ihrer Heimat, vom einfachen Polizisten bis zum Regierungschef.

Das ist paradox. Einerseits sind die Kinder des System Putins so frei wie keine andere Generation vor ihnen. Die jungen Russen trauen sich Kritik zu äußern, selbst Schüler ließen sich nicht von Fest-

Politik interessierte die Russen nicht, solange ihr Wohlstand langsam anstieg

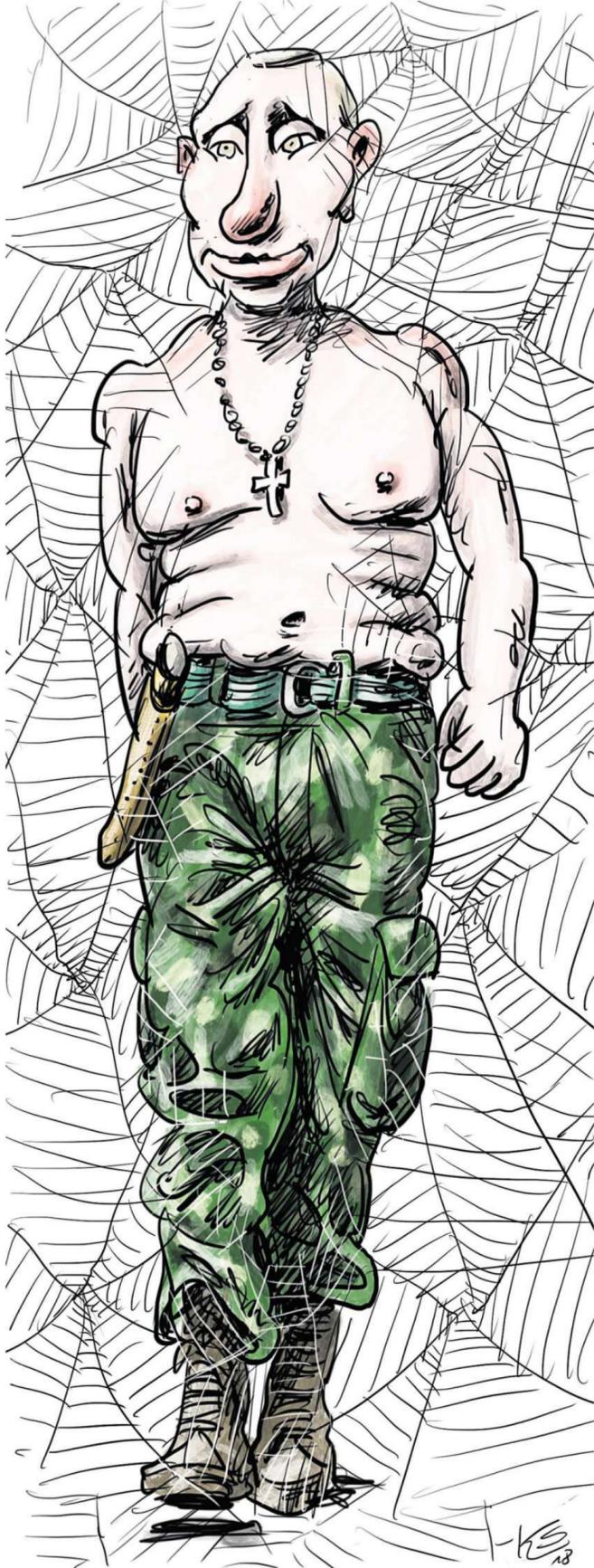
nahmen bei den Demonstrationen abschrecken. Sie haben, im Gegensatz zu den Großeltern, nicht die Repressionen der Sowjetzeit erfahren.

Ihr Vergleichsmaßstab ist nicht die Vergangenheit, sondern das Leben Gleichaltriger in anderen Ländern. Globalisierung und Digitalisierung haben Russland geöffnet. Die Welt rückt zusammen. Junge Russen, vor allem urbane und aktive, kennen den Westen von Reisen, vom Auslandsstu-

dium oder wenigstens aus dem Internet. Sie fragen sich, wieso sie nicht ebenfalls so leben wie junge Menschen in Frankreich, England oder Deutschland, wo es sichere Straßen, gute Krankenversorgung und weniger Korruption gibt. Sie sehen nicht ein, warum die Bevölkerung nicht stärker vom Rohstoffreichtum des Landes profitiert.

Die Proteste der vergangenen Monate zeigen, dass sie durchaus müde sind von den wenigen, immer gleichen alten Gesichtern, die über sie entscheiden. Daraus müsste sich doch ein Aufstand entwickeln, hoffen Oppositionelle und Liberale in Russland. Und doch erscheint dies unwahrscheinlich. Der politische Protest der Jugend ist auf das Thema Korruption beschränkt, eine darüber hinausgehende gemeinsame politische Agenda ist nicht zu erkennen.

Wer auf ein im westlichen Sinne demokratisches Russland hofft, wird von dieser Generation enttäuscht werden. Auf der Straße tritt ein Teil der Jugend gemeinsam für ein Thema ein. In anderen Fragen aber unterscheiden sich diese Aktivisten: Der kleine politisch interessierte Teil, lässt sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner festlegen. Sie vertreten kommunistische Ideen, liberale oder nationalistische.



Karikatur/Klaus Stüttgen

Die große Mehrheit der jungen Russen interessiert sich ohnehin nicht für Politik und geht auch nicht wählen. Sie wissen, dass der Sieger nicht beim Urnengang bestimmt wird. Um die Legitimation der Wahl nicht zu erhöhen, verzichten selbst die auf den Urnengang, die gegen Putin stimmen würden.

Die Rolle der Jugend wird bisweilen überbewertet. Schon zahlenmäßig spielen sie keine entscheidende Rolle in der schrumpfenden und alternden russischen Gesellschaft. Ein Drittel aller Russen ist jünger als 30. Der Anteil der Russen zwischen 15 und 24 Jahren beträgt indes nicht einmal zehn Prozent.

Die Mehrheit der jungen Generation ist konservativ und patriotisch wie ihre Eltern. Hinzu kommt die Schule, in der es traditionell zugeht. Der propagierte Nationalismus. Die Diskreditierung liberaler Werte. Der Wunsch, nach Einfluss und Anerkennung auf der Weltbühne. Präsident Putin ist die Konstante in ihrem Leben. Sie haben nie einen anderen Anführer kennengelernt.

Der Anteil der Putin-Wähler unter den jungen Russen ist nach Umfragen daher ähnlich hoch wie bei den älteren. Knapp 62 Prozent der 18 bis 30 Jahre alten Russen wollen für den amtierenden Präsidenten stimmen. Hätte der Kreml Alexej Nawalny zur Wahl zugelassen, wären ihm die Jungwähler nicht in Scharen zugelaufen. Sie stimmen auch nicht für Xenia Sobtschak, ehemaliges Glamourgirl und heute prominente Journalistin, die liberale Wähler ansprechen will, die für grundlegende Reformen eintreten.

Soziologen wie der renommierte Lew Gudkow ziehen mit Blick auf Apathie in der Gesellschaft und dem Stillstand im Land eine düstere Bilanz. Gudkow nennt die Jugend eine „verlorene Genera-

Soziologen bezeichnen die Jugend als „verlorene Generation“, die nicht bereit ist für Freiheit zu kämpfen

tion“. Als die Sowjetunion zerfiel, seien die Menschen bereit gewesen zu kämpfen: für Freiheit, Offenheit, Gleichberechtigung, demokratische Mitsprache, aktive Teilnahme an der Marktwirtschaft. Die Jugend heute interessiere sich hingegen für ein ruhiges Leben sowie für Karriere und Einkommen. Gleichzeitig seien sie genügsam, ohne hohe Ansprüche. Sie können sich nicht alles leisten, aber meinen alles zu haben, was sie brauchen. Ein moderner Lebensstil in reaktionärem System ist für sie kein Widerspruch.

Wer andere Wünsche an sein Leben hat, dem bleibt nur ein Ausweg, sofern er es sich leisten kann: die Ausreise. In Umfragen gaben zuletzt bis zu einem Fünftel im Land an, immerhin mit dem Gedanken an eine Ausreise zu spielen. Unter jungen Russen ist der Wunsch ausgeprägter als bei anderen. Der Kreml lässt sie ziehen, weil er glaubt, die unbequeme Opposition verlasse das Land, das Protestpotential lasse sich damit klein halten. Zehn- und Hunderttausende haben in den vergangenen Jahren ihrer Heimat den Rücken gekehrt. Wie viele genau, weiß niemand. Verlässliche Zahlen existieren nicht, da keine Abmeldepflicht besteht.

Gemessen an Russlands Einwohnerzahl von knapp 143 Millionen erscheint das nicht dramatisch. Doch das Land verliert mit ihnen seine klügsten Köpfe und aktivsten Bürger. Jene, die eine entscheidende Rolle für die Zukunft spielen. Das bestätigen auch die Untersuchungen des Soziologen Gudkow. Der Schaden wird sich nicht sofort, aber in den kommenden Jahren bemerkbar machen.

Es gehen Menschen wie Julia Archipowa, aber wohl noch mehr wie Innokentij Schuwalow.

Julia Archipowa interessiert sich für Politik, seitdem sie 18 ist, aber nicht für jene, die der Kreml zu bieten hat. Sie engagierte sich bei Transparency International, 2012 protestierte sie gegen Putin, weil „in Russland etwas falsch läuft“. Als die Maidan-Revolution startete, ging sie nach Kiew, „weil es in Moskau nichts zu tun gab für mich, sehr wohl aber in der Ukraine“. In Russland würden Aktivisten als „ausländischer Agent“ und Extremisten verfolgt. Dagegen wollte sie nicht kämpfen. Irgendwann, sagt Archipowa, wolle sie zurück nach Russland, es sei schließlich ihre Heimat. „Ich will in einem demokratischen Land leben, ohne imperialistische Ambitionen, dass für seine Bürger sorgt und keine Kriege führt.“

Innokentij Schuwalow, ein Programmierer, ist mit 25 Jahren aus St. Petersburg nach Berlin gezogen. Er ist unpolitisch und war nie bei Protesten denn er will, „meine Gesundheit nicht riskieren“. Russland hat er „aus wirtschaftlichen Gründen“ verlassen, als es „übel“ wurde im Land.

Dass die Wirtschafts- und Rubelkrise sein Gehalt halbierte, spürte er bei Reisen ins Ausland und als er ein neues iPhone kaufen wollte. Die Politik habe ihn „nicht so sehr beeinflusst“, sie habe keinen direkten Effekt auf ihn gehabt, meint er. „Ich bin nicht glücklich mit der Politik, ich mag das nicht, aber es ist auch keine große Sache.“ Erst als der Staat anfing Webseiten zu blockieren, wollte der Programmierer weg. Gute Lebensbedingungen und persönliche Freiheit sind für ihn entscheidend. Ein Rückkehr in seine Heimat schließt er aus.



Oliver Bilger arbeitet für Tagesspiegel-Online. Von 2012 bis 2016 lebte und schrieb er als Russland-Korrespondent für verschiedene deutsche Medien in Moskau.

EIN WORT zum Sonntag



Foto: Promo

„Die Union wird überproportional von Frauen gewählt, und Frauen tendieren zur Mitte, sie wählen keine radikalen Parteien und goutieren keine radikalen Positionen.“

Frank Bösch, Historiker, erklärt im „Spiegel“, warum ein Rechtsruck für die Union schädlich wäre.

Ein SPRUCH

Schöne Abtreibung

JOST MÜLLER-NEUHOF über Ärztelisten für Schwangerschaftsabbrüche

Kurz vor dem Start der nächsten großen Koalition entzweit sich diese an einer vergleichsweise randständigen Frage, der Abschaffung der Vorschrift für Abtreibungswerbung, Paragraph 219a des Strafgesetzbuchs. Seit eine Ärztin wegen eines Hinweises auf ihrer Webseite deswegen in erster Instanz verurteilt wurde, wollen Grüne, Linke und SPD den Tatbestand streichen. CDU-Hoffnungsträgerin Annegret Kramp-Karrenbauer dagegen schrieb an Mandatsträger und Parteifunktionäre, die Vorschrift beibehalten zu wollen; darin einig mit der AfD.

Warum streiten, wenn man abwarten könnte? Es spricht viel dafür, dass sich das Problem von selbst erledigt. Einmal, weil das Urteil gegen die Ärztin beste Chancen hat, auf dem weiteren Rechtsweg korrigiert zu werden. Schließlich informiert sie nur und preist ihre Leistung nicht an.

Zum anderen müssen die Bundesländer laut Schwangerschaftskonfliktgesetz ein „ausreichendes Angebot“ von Abbruchmöglichkeiten gewährleisten und die Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetze verpflichten sie, darüber öffentlich Auskunft zu geben. Hamburg hat es vorgemacht, richtigerweise zieht jetzt der Berliner Senat mit einer Ärzteliste nach.

Wenn der Staat Abtreibungen ermöglichen und auf Ärzte hinweisen muss, die diese vornehmen, kann dies den Ärzten selbst schlecht zum Vorwurf gemacht werden. Andererseits folgt aus dieser Logik noch kein Argument, den Paragrafen ganz zu streichen. Medizinisch betreute Schwangerschaftsabbrüche, so will es der Gesetzgeber bisher, darf und muss es geben, jedoch ohne dass sie öffentlich beworben werden. Schließlich wird hier kein Mensch geheilt, sondern ein Embryo entfernt. Soll eine derartige Leistung dann als billig, sanft, sorgfältig oder rückstandsfrei angepriesen werden?

Bei einer Streichung wäre das künftig erlaubt. In Internet-Bewertungsportalen könnten Sternchen für besonders gelungene Eingriffe vergeben werden, Magazine veröffentlichen Listen der Top-Kliniken. Vielleicht stößt sogar die Koppelung mit einem Kurzurlaub auf Nachfrage. Derlei Ergebnisse dann als zivilisatorischen Fortschritt oder überfällige Stärkung von Frauenrechten zu feiern, bleibt natürlich möglich, ist aber wohl eher etwas für politische Abgebrühete.

Abwarten ist jetzt, da die politischen Schützengräben rund um das Thema bezogen wurden, schwierig geworden. Geweckte Erwartungen müssen bedient werden. Die erstmals seit Jahren wieder gestiegenen Abtreibungszahlen dürften die Fronten zusätzlich verhärteten. Kann sein, dass SPD und Union sich trotz Koalitionsvertrag noch darauf einigen, den Fraktionen die Abstimmung zu diesem Thema freizustellen. Der Paragraf könnte also verschwinden, wenn sich eine Mehrheit findet. Die Herausforderung wäre dann, in dieser sensiblen Angelegenheit auch ohne Strafrecht Anstand zu bewahren.